

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Erklärung der Bundesregierung

Ausblick auf die Tagung des Europäischen Rates am 10./11. Dezember 1993 in Brüssel

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag sieht mit Sorge, daß der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung am 22. November 1993 wichtige Forderungen der Vorschläge im Grundlagenpapier zum Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ zurückgewiesen hat und damit die EG-Kommission zur Vorlage eines Papiers „Empfehlungen der Kommission für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ beim Europäischen Gipfel veranlaßt hat, das den ursprünglichen Intentionen des Grundlagenpapiers in keiner Weise gerecht wird.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. das ursprüngliche Grundlagenpapier der EG-Kommission und nicht die von der Bundesregierung veranlaßte Version zur Grundlage der Beratungen des Treffens der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu machen und sich für einen „europäischen Beschäftigungspakt“ einzusetzen;
2. dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa oberste Priorität einzuräumen. Europa braucht eine Wachstums-, Beschäftigungs- und Innovationsinitiative, wobei die Verflechtung der europäischen Märkte ein abgestimmtes Vorgehen in der Europäischen Union und im Europäischen Wirtschaftsraum erfordert. 18 Millionen Arbeitslose allein in der Europäischen Union brauchen eine Perspektive. Allen Maßnahmen, die die Rezession und Arbeitslosigkeit durch Sozialabbau und Lohnsenkungen überwinden wollen, ist mit Nachdruck entgegenzutreten;
3. sich für die Überwindung der gegenwärtigen Rezession und Arbeitslosigkeit in Europa einzusetzen. Geeignete Mittel

dafür sind abgestimmte Aktionen zu verstärkten privaten und öffentlichen Investitionen, insbesondere in Forschung und Technologie, in transeuropäische Netze (Verkehr und Telekommunikation) und im Umweltbereich, durch die die Wirtschaft der Gemeinschaft einen kräftigen Anschub erfährt;

4. sich für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft einzusetzen, um die unerschlossenen Arbeitsmöglichkeiten in diesen Bereichen nutzbar zu machen und zugleich die Lebensqualität zu erhöhen. Dazu gehört eine Entlastung des Faktors Arbeit bei den Abgaben für Arbeitnehmer und Arbeitgeber und eine entsprechende Belastung für den Stoff- und Energieverbrauch;
5. durch ihre finanzpolitischen Entscheidungen, insbesondere durch ein glaubwürdiges Konzept mittelfristiger Haushaltskonsolidierung dazu beizutragen, daß die Zentralbanken weitere Zinssenkungen vornehmen können, ohne einen Abwertungswettlauf in Gang zu setzen. Unabhängig davon sollten die Zentralbanken vorhandene Zinssenkungsspielräume ausnutzen. Damit werden notwendige Voraussetzungen für mehr Investitionen geschaffen;
6. sich für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere zur Bekämpfung der Frauen- und Langzeitarbeitslosigkeit, z.B. durch Umschulung und Weiterbildung einzusetzen;
7. sich unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips für eine Neuorientierung des Bildungs- und Qualifikationssystems einzusetzen, damit Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, insbesondere jedoch Jugendliche, das Recht auf Ausbildung und ständige Fortbildung erhalten. Sinnvolle Arbeitsmöglichkeiten für alle sind notwendig, um den technologischen und wirtschaftlichen Wandel voranzubringen. Gleichzeitig erfordert die immer engere europäische Kooperation eine verbesserte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Arbeitsämter;
8. sich unter Einbeziehung der Tarifvertragsparteien für eine zwischen und in den EU-Mitgliedstaaten abgestimmte Aktion zu umfassender Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung und gerechterer Verteilung der Arbeit einzusetzen, um der Arbeitslosigkeit solidarisch entgegenzuwirken.

Die Tarifvertragsparteien müssen in eigener Verantwortung zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik finden. Kurzfristige Reallohneinbußen sind nur bei tatsächlicher Verwendung der eingesparten Mittel für die Finanzierung neuer bzw. Absicherung bestehender Arbeitsplätze gerechtfertigt. Eine dauerhafte Absenkung der Löhne und Gehälter würde dagegen die private Endnachfrage im europäischen Binnenmarkt schwächen und zu langfristiger Stagnation und Wachstumsverzicht führen;

9. sich für einen endgültigen Abschluß des GATT-Abkommens im Rahmen der Uruguay-Runde einzusetzen;
10. sich für eine neue gemeinschaftliche europäische Außenwirtschaftspolitik einzusetzen, die der großen Bedeutung des asia-

tisch-pazifischen und des lateinamerikanischen Raumes im 21. Jahrhundert mit neuen Handels-, Service- und Kooperationskonzepten gerecht wird;

11. sich nach dem Abschluß der gegenwärtigen GATT-Runde für die Vereinbarung von Standards im Umwelt-, Arbeits- und Sozialbereich im GATT durch Initiativen der EU einzusetzen.

Bonn, den 1. Dezember 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

